

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12.- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. täglich Saluto-Russland, der Preis für Deutschland und Österreich 20.- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Weite Straße 8-9.

Die achtzehnjährige Konradinengasse über deren Raum kostet 8.- M. einschließlich Erwerbszulage. Keine Angewandte: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbszulage. Versende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Bezugspreis: Zentrum 2030, 2045, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Partei, Gewerkschaften und Räte in der 3. Internationale

Von Rich. Müller.

Je mehr und je länger wir mit den Gegnern des Anschlusses an die dritte Internationale diskutieren, um so klarer werden uns die Gründe, die von jener Seite für die Ablehnung der Bedingungen ins Feld geführt werden. Die Gegner des Anschlusses zeigen einen Opportunismus, der den klaren Beweis dafür bietet, daß sie unser Leipziger Aktionsprogramm nicht begriffen oder dafür nur ein Lippenbekenntnis übrig haben.

Unser Aktionsprogramm erkennt das Bestehen der sozialen Revolution an und erklärt, daß unsere nächste Aufgabe die Eroberung der politischen Macht sein muß. Dazu bedürfte das Proletariat der Unabhängigen Sozialdemokratie, also einer politischen Partei, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der revolutionären Gewerkschaften und des revolutionären Räteystems. Die U. S. D., also die politische Partei, müsse dem Kampfe des revolutionären Proletariats als Führerin und Bannerträgerin Inhalt, Richtung und Ziel geben.

Denjenigen Parteigenossen, die dieses Programm nicht nur als eine platonische Erklärung ansahen, sondern über die praktische Anwendung nachdachten und es verwirklichen wollten, mußte es klar sein, daß nicht nur mit dem Programm und der Taktik der alten Sozialdemokratie gebrochen wurde, sondern daß die praktische Verwirklichung des neuen Programms auch das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften ändere. In dem Leipziger Parteitag auf Bestreben der anwesenden Gewerkschaftsführer die Erörterung der Gewerkschaftsfragen von der Tagesordnung absetzte, nahm er die Möglichkeit, das durch das Programm geschaffene neue Verhältnis zu klären.

Wie war das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften früher, wie wurde es nach Annahme des Leipziger Aktionsprogramms und wie soll es sein nach den Richtlinien der dritten Internationale?

Früher wurde der Partei die Führung der politischen Kämpfe und den Gewerkschaften die Führung der ökonomischen Kämpfe zugesprochen. Wer die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften kennt, weiß aber, daß die zentrale Gewerkschaftsleitung sehr stark die Politik der politischen Partei beeinflusste. Ihrem Druck nachgebend, billigte der Mannheimer Parteitag vom Jahre 1906 der Generalkommission der Gewerkschaften das entscheidende Mitbestimmungsrecht bei politischen Streiks zu.

Als der Leipziger Parteitag das Aktionsprogramm unserer Partei festlegte, warf er das Mannheimer Abkommen und damit die Gleichberechtigung der Gewerkschaften bei Führung politischer Kämpfe über Bord. Er sprach klar und bestimmt aus, daß die Führung der politischen Kämpfe der Partei zusteht; er sprach aber auch aus, daß zur Durchführung dieser Kämpfe es der Gewerkschaften bedürfe, die sich zum unverfälschten proletarischen Klassenkampf bekennen, also revolutionär sind.

Die dritte Internationale weist der ihr angeschlossenen Partei auch die Führung der politischen Kämpfe zu; sie soll das zusammenfassende und leitende Zentrum sein, das die gemeinsame Leitung der verschiedenen Formen der proletarischen Bewegung — Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte usw. — in der Hand hält.

Unser Leipziger Parteitag wie auch der Kongreß der dritten Internationale nahmen die Gewerkschaften wie sie heute noch sind. Sie sind Massenorganisationen, deren Mitglieder zu einem erheblichen Teil noch einer kleinbürgerlichen oder sozialistischen Ideologie anhängen, denen der revolutionäre Sozialismus fremd ist. Die Leitung der meisten Gewerkschaften befindet sich zur Zeit noch in Händen reaktionärer Leute. Die U. S. D. und die dritte Internationale will mit ihnen und ihren Gesinnungsgenossen nichts gemein haben.

Die Gewerkschaften oder ihre Leitungen als gleichberechtigte Faktoren zur Führung politischer Kämpfe anerkennen, hieße jede politische Aktion gefährden. Der Kapp-Putsch sollte uns eine Lehre sein. Das erkannte auch der Leipziger Parteitag an, sonst hätte er nicht von revolutionären Gewerkschaften gesprochen. Oder glaubt jemand, der Leipziger Parteitag habe ausgesprochen wollen: die politischen Aktionen müssen vertagt werden, bis die Gewerkschaften revolutionär geworden sind? Das wird niemand behaupten, der das Bestehen der sozialen Revolution anerkennt.

Will eine politische Partei die Führung des Proletariats, die Führung der politischen Kämpfe und der revolutionären Aktionen des Proletariats übernehmen und hat sie erkannt, daß bei diesen Aktionen die Massenorganisationen des Proletariats mit hineingezogen werden müssen, dann muß sie versuchen, diese Massenorganisationen in ihre Hand zu bekommen. Damit ist nicht gesagt, daß sich diese Massenorganisationen der Partei organisatorisch angliedern, sondern es muß versucht werden, den Geist der Partei auf diese Organisationen zu übertragen, indem sie ihre Mitglieder hineinschickt, sie muß versuchen, die Führung dieser Organisationen in die Hand zu bekommen, indem zuverlässige Parteigenossen an die Stelle der reaktionären Führer gestellt

Rußlands Friedenspolitik

Die Verhandlungen in Riga

Moskau, 14. September.

Der polnische Minister des Aeußeren hat dem Volkskommissar Tschitscherin durch Funkpruch mitgeteilt, daß Andrej Liwitsch, der Vorsitzende der ukrainischen diplomatischen Mission in Polen, ihm den Vorschlag mache, die Friedensverhandlungen zwischen der Friedensdelegation der sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußlands und einer Delegation der Regierung der demokratischen Republik der Ukraine in Riga zu eröffnen.

Die rumänische Regierung hat auf den neuen Friedensvorschlag der Sowjetregierung geantwortet, daß auch sie die Herstellung friedlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland wünsche und in kurzer Zeit ihre Vorschläge über die Bedingungen eines Uebereinkommens mitteilen werde.

Dem Geschäftsträger Perziens in London, Schaffar Khan, ist mitgeteilt worden, daß man der angekündigten Ankunft des Gesandten Nchar Salanek in Moskau mit großer Spannung entgegenstehe. Die russische Sowjetregierung versichere erneut, daß sie sich nie in die inneren Kämpfe in Persien einmischen werde, gegenseitige Behauptungen müßten auf Mißverständnissen oder Böswilligkeit beruhen.

Neue russische Offensive

St. Paris, 14. September.

Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ veröffentlicht einen angeblich aus Moskau aufgefundenen drabstosen Bericht. Danach soll eine neue russische Offensive gegen Polen begonnen haben und die polnische Armee sich bis auf Brest-Litowsk zurückgezogen haben. Die neue russische Mobilisation soll so ausgedehnt und die rote Armee so ausgezeichnet organisiert sein, daß Moskau sich in der Lage sah, den Befehl zum allgemeinen Vormarsch zu erteilen. Um neuerlich die Einnahme Warschaws zu versuchen. Die rote Armee soll bereits Kufnaja und verschiedene andere Städte südwestlich von Grodno besetzt haben. Die polnischen Angriffe in der Gegend von Opalin sollen vereitelt sein.

St. Petersburg, 14. September.

Nach den hier vorliegenden Nachrichten aus Rußland ist Trotski im Begriff, einen Winterfeldzug gegen Stiles gegen die Polen einzuleiten. Er stellt neue Heere an der Berezina und am oberen Dnjepr auf.

Russischer Heeresbericht

St. Moskau, 14. September.

Der Heeresbericht vom 13. September lautet: Westliche Front: In der Gegend 22 Werst südöstlich von Grodno lokale

Gefechte mit günstigem Verlauf für die roten Truppen, die verschiedene Plätze erobert haben. In der Gegend von Bjalystok, Brest-Litowsk und Wlodawa dauern die Gefechte fort. Am Bug ist der Feind wiederholt durch Gegenangriffe der roten Truppen zurückgeworfen worden. Südwestliche Front: In der Gegend von Lemberg dauern die heftigen Gefechte fort. Bei Rogodno haben die roten Truppen mit Erfolg gekämpft. In der Gegend von Galisch hat der Feind wiederholt Versuche gemacht, über den Dnjepr zu gelangen, und zwar 8 Werst südlich von Mariampol. Diese Versuche sind sämtlich abgeschlagen worden.

Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen

Kopenhagen, 14. September.

Nach einer Kownoer Meldung ist der Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen in Kraft getreten.

Die englische Arbeiterbewegung in russischem Lichte

Os. Kopenhagen, 14. September.

Im Zusammenhang mit der Meldung der „Daily News“, daß Lloyd George in seiner Unterredung mit Kamenev diesem seine Beziehungen zu der „Council of Action“ genannten britischen Arbeiterorganisation zum Vorwurf gemacht habe, ist ein russischer Funkpruch von besonderem Interesse, der beweist, welche große Bedeutung von bolschewistischer Seite diesem britischen „Aktionsrat“ beigemessen wird. Der Funkpruch bezeichnet die Bildung des Aktionsrats in London als ein in der Geschichte Englands ungewöhnliches Ereignis, betont die Schmelzigkeit, mit der er geschaffen wurde und unterstreicht die Ähnlichkeit dieser neuen britischen Arbeiterorganisation mit den russischen Arbeiter- und Soldatenräten aus der Kerenski-Zeit. Nach bolschewistischer Auffassung hat der neue Aktionsrat sofort die Bedeutung einer halbstaatlichen Behörde gewonnen, die gegründet worden sei, um, nach eigener Erklärung, die Regierung zu kontrollieren. Der Funkpruch schließt: „Die Vertreter des „Council of Action“ werden von Lloyd George empfangen und es steht nur noch, daß sie ihm ihre Bedingungen diktieren. Unter diesen Umständen hört die Politik des englischen Premierministers auf, eine unabhängige zu sein, denn sie ist mit der Kontrolle durch die neue Arbeiterorganisation verknüpft.“

Kamenev auf der Rückreise

St. Christiania, 14. September.

Kamenev ist auf dem Dampfer „Jupiter“ in Bergen eingetroffen. Die norwegische Regierung hat ihm gestattet, drei Tage in Norwegen sich aufzuhalten. Er will diese Zeit zu Konferenzen mit Litwinow benutzen.

werden. Daß es möglich ist, Massenorganisationen durch eine politische Partei zu beherrschen ohne organisatorische Angliederung, beweisen die Verhältnisse in Rußland. Dort sind die Gewerkschaften der kommunistischen Partei formell nicht untergeordnet, aber die 600 000 Mitglieder der kommunistischen Partei beherrschen geistig nicht nur die 4 1/2 Millionen Mitglieder zählenden Gewerkschaften, sondern auch die 80 Millionen Arbeiter und Bauern, die durch die Sowjets vertreten werden. In Rußland ist somit die K. P. zur Führerin und Bannerträgerin des Proletariats geworden. Dabei will ich nicht sagen, daß auch in Deutschland das Gleiche von heute auf morgen erreicht werden kann, aber es soll und muß auch in Deutschland erreicht werden.

Zweifellos hat unsere Partei die Konsequenzen aus ihrem Aktionsprogramm in Bezug auf ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht gezogen. Wie weit ein Teil unserer Genossen, die heute Gegner des Anschlusses an die 3. Internationale sind, davon entfernt ist, in Zukunft die Konsequenzen zu ziehen, beweist die Entgegnung des Genossen Seidel, die er meinem Artikel in der „Freiheit“ vom Sonntag, den 12. September, widmet.

Der Genosse Seidel lehnt die Uebernahme der zentralen Führung der politischen Kämpfe und Aktionen durch eine politische Partei ab. Er hält unter Umständen in gewissen Formen eine gemeinsame Leitung der Partei, Gewerkschaften und Betriebsräte bei Aktionen für möglich und führt als Beispiel den Boykott gegen Polen an. Das ist eine opportunistische Auffassung, ein Festhalten an dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, wie es vor dem Kriege bestand, was dem Geiste unseres Aktionsprogramms, wie auch den Beschlüssen der 3. Internationale widerspricht.

Genosse Seidel wendet sich aber auch gegen die Bildung der von der 3. Internationale geforderten „kommunistischen Zellen“ innerhalb der Gewerkschaften und glaubt, daß ein Vorgehen der Zentralverbände gegen eine solche Opposition nicht aufzuhalten wäre und die Spaltung der Gewerkschaften erfolgen würde, wie sie nach den Leitenden der kommunistischen Internationale geboten und erlaubt sei.

Die Leitende ziehen die Möglichkeit einer Spaltung der nationalen Gewerkschaften nur heran, „wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht

auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus ihnen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen.“ Das Ziel und Wesen der Gewerkschaften soll höher gestellt werden als ihre Form. Gegen diese Selbstverständlichkeit kann doch nur derjenige etwas einwenden, der die Organisationsform höher stellt als die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes.

Trotzdem erklären die Leitende, wenn sich eine solche Spaltung notwendig mache, dürfe sie nur erfolgen, wenn es den Kommunisten möglich sei, die Notwendigkeit der Spaltung den Massen verständlich zu machen. Eine Spaltung der Gewerkschaften überhaupt außerhalb des Bereiches der Möglichkeit zu legen, kann doch nur jemand, der die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht kennt und die heutigen Organisationsformen des Proletariats als das Höchste und Heiligste ansieht. Daß eine solche Spaltung vom Exekutivkomitee der 3. Internationale angeordnet werden könnte, wird wohl niemand behaupten. Sinowjew erklärt in seiner Schrift: „Die Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung“, die kommunistische Internationale denke gar nicht daran, alle kommunistischen Parteien über einen Kamm zu scheren, sie sei sich dessen bewußt, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder mit einer ungeheuren Mannigfaltigkeit von Bedingungen zu rechnen und sich in ihrer Taktik diesen Bedingungen anzupassen haben.“

Anders steht es mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Hier fordert die 3. Internationale die Spaltung. Sie erblickt in dieser Internationale einen Bestandteil der 2. Internationale. Und das mit Recht! Die Sozialverräter vom Schlage Scheidemanns, Brantings, Dajinskis suchen jetzt über die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nochmals Einfluß zu gewinnen auf die internationalen Arbeitermassen. Die Legiende aller Länder, als Repräsentanten der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, haben sich des gleichen Verrats schuldig gemacht wie die würdigen Repräsentanten der bankrotten 2. Internationale. Sie ziehen mit diesen an einem Strang. Wer die 2. Internationale ablehnt, muß logischerweise auch die Amsterdamer Internationale ablehnen, denn beide sind von gleichem Geiste getragen. Daß daraus eine Spaltung

der nationalen Gewerkschaften erwachsen könne, vermag ich nicht zu glauben. Welcher Internationale sich eine Gewerkschaft anschließen soll, darüber entscheiden doch wohl die Gewerkschaftsmitglieder. Die revolutionären Parteien aller Länder verlieren die 2. Internationale. Die diesen Parteien angeschlossenen Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale der Einfluß auf die Massen genommen wird.

Sehr eingehend beschäftigt sich der Genosse Seidel mit den Betriebsräten und der selbständigen Betriebsräteorganisation. Unter Hinweis auf das Bestreben der 3. Internationale, die Sowjets ins „Schlepptau der Kommunistischen Partei“ zu nehmen, fragt er, was da von der von mir und meinen Freunden bisher verbreiteten Lehre von der Selbständigkeit und Bedeutung der Räte noch übrig bliebe, ob wir die bisher geforderte „Priorität der Räte über Partei und Gewerkschaften“ aufgeben.

Zunächst möchte ich feststellen, daß ich niemals die Räte über die Partei und Gewerkschaften gestellt habe. Soweit mir bekannt, hat das auch keiner meiner Freunde getan. Wohl aber haben wir das Räteystem als ein überparteiliches Gebilde bezeichnet. Daraus mag sich wohl die vom Genossen Seidel uns angebotene Auffassung ergeben. Sollte man den Begriff „Räte“ mit dem Begriff „Räteystem“ identifizieren, dann bin ich gern bereit, beides zu erläutern.

Wenn wir die selbständige Räteorganisation fordern und mit aller Kraft erstreben, so deshalb, weil wir darin einmal die Vorarbeit für das kommende Räteystem erblicken und dann mit den Räten und durch die Räte die Arbeiter als Klasse erfassen und in Bewegung bringen wollen. Daraus ergibt sich das gleiche Verhältnis der Räteorganisation als der Massenorganisation des Proletariats zu der Partei, wie es sich aus dem eingangs dargelegten Verhältnisse der Gewerkschaften als Massenorganisation zur Partei ergeben hat. Eine politische Partei, die die Führung der Arbeitermassen übernehmen will, muß auch versuchen, die Räteorganisation geistig zu leiten und zu beherrschen, wie es bisher von uns, gestützt auf unser Parteiprogramm, mit Erfolg versucht wurde und jetzt von der 3. Internationale gefordert wird.

Zu welcher praktischen Auswirkung die konsequente Durchführung unseres Leipziger Aktionsprogramms und der Beschlüsse der 3. Internationale führen muß, zeigen die Verhältnisse in Berlin. Hier sind die Gewerkschaften den Händen der alten Gewerkschaftsbureaus entzogen. An der Leitung stehen unsere Genossen, wobei ich gleich betonen will, daß wir bei der Auswahl nicht immer das Richtige getroffen haben. Ueber die Betriebsräteorganisation vermag ich unseren Einfluß auf alle Arbeiter und Angestellte geltend zu machen, und wenn wir bei Aktionen, wie z. B. anlässlich des Rapp-Rufsches, die Entscheidung in die Hände der Vollversammlung der Räte legen wollten, dann legten wir sie damit de facto in die Hände der Partei, da ja diese durch ihre Funktionäre die Vollversammlung beherrscht. Wenn der Genosse Seidel darin den Versuch erblickt, „die Partei ins Schlepptau der Räte zu nehmen“, so kann das höchstens auf die oberen Parteinstanzen zutreffen, die es versäumten, die praktischen Konsequenzen aus unserem Aktionsprogramm zu ziehen.

Ich glaube, mit diesen Ausführungen den Vorwurf des Genossen Seidel, ich sei bei der Interpretierung der Leitlinie der 3. Internationale nicht mutig und ehrlich genug gewesen, entkräftet zu haben. Ich glaube auch nunmehr, unseren Genossen ruhig die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung überlassen zu können.

Die russische Gewerkschaftsdelegation

Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ist vom Vorstand des Ortsausschusses der Gewerkschaften Hamburg-Altona folgendes dringende Telegramm zugegangen:

Delegation der Allgemeinen russischen Gewerkschaft wird nach uns gewordener Mitteilung die Einreiseerlaubnis in Deutschland teilweise verweigert. Hiesiger Ortsausschuss verlangt, daß Gewerkschaftsbund aus grundsätzlichen Gründen die Einreiseerlaubnis für alle Delegierten erwirkt und eruchen, bei Außenministerium sofort entsprechend einzurufen.

Nach dieser Nachricht, die uns zu später Stunde zugeht, ist den russischen Gewerkschaften die Einreiseerlaubnis immer noch nicht erteilt worden. Es wird höchste Zeit, daß das geschieht. Das auswärtige Amt mag sich sagen lassen, daß die deutsche Arbeiterchaft die Einreiseerlaubnis für die Abgesandten der russischen Arbeiterchaft fordert.

Neue Streikbrecherkolonnen

Eine bürgerliche Korrespondenz berichtet:

Zur Sicherung lebenswichtiger Betriebe und zur Verhütung von Enten- und Lieferungsstreiks in der Landwirtschaft schweben innerhalb des zentralen Reichsrechts Verhandlungen. Die Reichsregierung will ähnlich der technischen Röhre zur Verhütung der Unterbrechung lebenswichtiger Betriebe unbewaffnete Abwehrorganisationen schaffen und eine Verordnung wird hierüber gegenwärtig ausgearbeitet. Die Sicherheitspolizei wird nur im Notfall in diesen Fällen Verwendung finden.

Die Reichsregierung organisiert also die gelbe Pest und Koste macht Schule. Es kann sich hier nur um Maßnahmen zur Erdrosselung der Landarbeiterbewegung handeln, denn die Erfolge mit der Regierung berechnen zu der Voraussetzung, daß sie nie wagen wird, ja daß sie auch gar nicht den Willen hat, diesen neuen Apparat bei Lieferungsstreiks der Agrarier anzuwenden. Die Regierung aber mag sich hüten. Sie darf nicht annehmen, daß jeder Versuch, die Bewegung der Landarbeiter zu knebeln und das Streikrecht des Landproletariats zu vernichten, genau die entgegengesetzten Folgen haben wird, als die Reaktionen in der Regierung erwarten. Will die Regierung ersprießliches leisten, so kann sie es nur mit den organisierten Landarbeitern tun, nie gegen sie.

Das neue Landwirtschaftskammergesetz

Von unterrichteter Seite wird den P. P. R. geschrieben:

In dem Agrarprogramm, das der Landwirtschaftsminister Otto Braun bald nach Antritt seines Amtes als das Ziel seiner Tätigkeit bezeichnete, nimmt das neue Landwirtschaftskammergesetz einen bedeutungsvollen Platz ein. Die preussische Landesversammlung wird es bei ihrem Wiederzusammentritt auf dem Tische des Hauses vorfinden.

Das alte Landwirtschaftskammergesetz, das bisher in Kraft war, stammt aus dem Jahre 1894, also aus einer Zeit, in der der Gedanke berufständischer Vertretungen noch neu war.

Wie weit das bisher gültige Gesetz hinter der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zurückgeblieben ist, zeigt nicht deutlicher, als die Zusammenfassung der Landwirtschafts-

kammern. Mitglieder der Kammern konnten in der Hauptsache nur Grundbesitzer werden (Eigentümer, Pächter und Pächter), ferner Beamte landwirtschaftlicher Vereine, endlich Männer, die wegen ihrer Verdienste um die Landwirtschaft die Wählbarkeit erhalten hatten. Unmöglich zu sagen, daß die beiden letzteren Kategorien Deklassierten waren. Der Schwerpunkt lag und liegt heute noch beim Grundbesitz. Und zwar vorzugsweise beim Großgrundbesitz. Denn die Wählbarkeit war auch für die Grundbesitzer keine unbeschränkte, sondern ein Mindestmaß des Grundbesitzes einzuhalten. Und zwar je nach der Provinz zwischen zwanzig und fünfzig Taler schwankend. Schon dieser Zusatz bewirkt, daß ein nicht geringer Teil der Landwirte, die Masse der Kleinbauern, niemals als Vertreter ihres Standes in Betracht kommen konnte, und daß dem Großgrundbesitz von selbst ein großes Übergewicht zukommen mußte.

Nach dieser wird dieses Übergewicht zugunsten des Großgrundbesitzes durch das bisherige aktive Wahlrecht vergrößert. Die Wahl der Kammermitglieder erfolgt nicht etwa direkt durch die berufstätigen Landwirte selbst, sondern auf dem Umwege über die Kreisstage, deren ländliche Abgeordnete einzeln wahlberechtigt sind. Nun weiß man ja, wie die Kreisstage bis zur Neuordnung des Jahres 1913 zustande gekommen sind.

Man sieht, das alte Landwirtschaftskammergesetz war so zugeschnitten, daß die Kammern weniger eine Vertretung der Landwirtschaft, als vielmehr eine Interessenvertretung des Großgrundbesitzes werden mußten. Ausschlossen vom Wahlrecht waren die kleinen Grundbesitzer und die Landarbeiter, denn damit jede Einflusnahme auf die Kammern ausgeschlossen blieb. Das neue Gesetz schafft nun gründlichen Wandel. Es bringt vor allen Dingen das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Berufsangehörige, sowie das Verhältniswahlrecht. Der Besitz ist also nicht mehr entscheidend, sondern gleichberechtigt stehen große und kleine Besitzer und die Landarbeiterchaft nebeneinander. Allerdings werden drei Gruppen gewählt, die beiden ersten Gruppen bilden die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, die dritte umfaßt alle übrigen Berufsangehörigen. Aber der Unterschied zwischen den beiden ersten Gruppen liegt nicht mehr in der Größe der Besitztümer, sondern in der Arbeitsleistung, in der Intensität der Wirtschaftsführung, wodurch das bisherige Vorrecht des Großgrundbesitzes gebrochen wird. Mit dieser Demokratisierung des Wahlrechtes für die Landwirtschaftskammern ist ein großer Fortschritt erzielt.

Es müssen genauere Mitteilungen über das allerdings sehr wichtige Gesetz abgewartet werden, bevor ein Urteil möglich ist darüber, ob die Lösung der Frage, die hier versucht wird, den Ansprüchen genügt, die die Landesvertreter stellen müssen, wenn sie sich auf eine solche berufständische Vertretung einlassen sollen.

Der Steuerabzug

Die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes über den anfänglich durchweg zehnprozentigen Steuerabzug wurden mit Wirkung vom 1. August 1920 ab erheblich geändert. Das steuerfreie Existenzminimum und die Progression der Steuerhöhe werden jetzt berücksichtigt und es gilt ab 1. August folgendes:

1. Bei ständig beschäftigten Arbeitnehmern bleiben abzugsfrei vom Monatslohn 125 M., vom Wochenlohn 30 M., vom Tageslohn 5 M., außerdem vom Monatslohn 40 M., vom Wochenlohn 10 M., vom Tageslohn 1,50 M., für die Ehefrau und jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind, das nicht selbst Arbeitslohn hat.

Bei ständig wie nichtständig Arbeitnehmern können vor der Steuerabzug die vom Arbeitgeber ihnen abzuziehenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, zu Witwen-, Waisen- und Pensionskassen sowie zu öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen abgesetzt werden. Daburh vermindert sich der Steuerabzug.

Noch weitergehende Ermäßigungen sind für größere Betriebe vorgesehen: in Betrieben mit mehr als 20 ständig Arbeitnehmern kann nämlich der Arbeitgeber im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung, jedoch nur bis Ende September 1920, bei den ständig Arbeitnehmern,

| wenn zu ihrem Haushalt Frau oder Kinder gehören | wenn sie allein stehen |
|---|------------------------|
| vom Monatslohn 300 M. | 200 M. |
| vom Wochenlohn 75 M. | 50 M. |
| vom Tageslohn 12 M. | 5 M. |

als Existenzminimum und Versicherungsbeiträge absetzen.

2. Ständig beschäftigten Arbeitnehmern ist bei jeder Lohnzahlung zu kürzen, wenn der nach Kürzung der abzugsfreien Teile verbleibende Lohn, aufs Jahr umgerechnet, sich beziffert auf 15 000 M. oder weniger: 10 Proz.

15 000—30 000 M. 10 Proz. von den ersten 15 000 M. und 15 Proz. vom Mehrbetrag

30 000—50 000 20 Proz.

usw. steigend bis 55 Proz.

3. Nichtständig beschäftigten Arbeitnehmern sind im allgemeinen 10 Proz. des nach Abzug der Versicherungsbeiträge auszahlenden Lohnes zu kürzen. Der Arbeitgeber hat das steuerfreie Existenzminimum bei ihnen nicht zu berücksichtigen.

4. Naturalbezüge sind bei der Kürzung der Steuer als Lohn zu behandeln und, solange das Landesfinanzamt den anzunehmenden Wert nicht festgestellt und bekanntgemacht hat, mit dem Betrage anzurechnen, der sich aus den Lohnvereinbarungen ergibt. Besteht solche Vereinbarung nicht, so gilt als Wert der vom Versicherungsamt festgesetzte Ortspreis, jedoch nicht mehr als monatlich 125 M., wöchentlich 30 M. oder täglich 5 M.

5. Dienstaufwandszuschüsse (Spesen, Auslagen), die durch ausdrückliche Vereinbarung festgesetzt sind, gelten nicht als Arbeitslohn. Von ihnen wird daher ebenso wie von Krankengeldern Steuern nicht gekürzt. In Zweifelsfällen ist jedoch die Entscheidung des Finanzamtes einzuholen.

6. Besondere Entlohnungen für Überstunden, Meberschichten, Sonntagsarbeit und sonstige über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsleistungen sind bis auf weiteres abzugsfrei.

7. Arbeitnehmern unter 14 Jahren wird keine Steuer vom Lohn abgezogen.

Sind bis zum 1. August 1920 höhere Steuerbeträge vom Lohn gekürzt worden, als nach den neuen Vorschriften einzubehalten gewesen wären, so ist der zuviel abgegebene Teil bei der nächsten Gehalts- oder Lohnzahlung zugunsten des Arbeitnehmers anzurechnen.

Safenstreik in Hamburg

Unter den Hamburger Hafenarbeitern ist ein Teilstreik ausgebrochen. Bürgerliche Korrespondenzbüros berichten darüber in möglichst klaren Nachrichten von ausbrüchlicher Unwahrscheinlichkeit. Es wird mitgeteilt, die „Antonisten“ hätten am Sonntag in einer Versammlung den Streik beschlossen, um Lohnforderungen zu erzwingen. Obwohl sie in der Minderheit gewesen seien, hätten sich die nicht der Union angeschlossenen Hafenarbeiter der Parole fügen müssen, da sie von den stabilsten Elementen mit Gewalt gezwungen worden seien, die Arbeit niederzulegen. Eine so günstige Gespinnstgeschichte ist uns denn doch lange nicht angetroffen worden. Am Montag mittag hat im Gewerkschaftshaus in Hamburg eine neue Versammlung stattgefunden, um über den Streik zu beraten. Darüber wird berichtet:

Die große Versammlung der Hafenarbeiter unter Leitung von Jara, in der der Streikbeschluss gefaßt wurde, nahm einen recht bewegten Verlauf. Nach stundenlanger Debatte wurde eine Reihe von Anträgen angenommen, dahingehend: „Die in Hamburg nicht-organisierten Hafenarbeiter werden aufgefordert, sofort die Arbeit niederzulegen und Hamburg zu verlassen; die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis sämtliche Forderungen der Hafenarbeiter restlos demittelt sind; einen Aktionsausschuss zu wählen für die einzelnen Betriebe, und zwar je nach Größe der Betriebe von drei bis fünf Personen; der Aktionsausschuss gibt die Richtlinien heraus; die Forderungen sollen an Land und während der Arbeitszeit ausgeführt werden; es wird ein Betriebsrat gewählt,

der das Vertrauen der gesamten Hafenarbeiter genießt.“ Ein Teil der Versammlungsteilnehmer begab sich nach der Versammlung nach dem Hafenbetriebsverein, um hier zu demonstrieren. Eine starke Abteilung Sicherheitspolizei mit Maschinengewehren, unterstützt durch Polizeimannschaften, bereitete bisher jedoch jede demonstrative Handlung. Die Tätigkeit im Hamburger Hafen ruht. Bis zum späten Abend des Montags war alles ruhig.

Die Bewegung wird begleitet von einem leidigen Streit zwischen den Organisationen. Die Spaltung und der Streit zwischen den sozialistisch orientierten Seemannsbund und dem Zentralverband der Arbeiter spielt auch in die Vorgeschichte der Bewegung hinein und gehört mit zu ihren Ursachen, wie die folgende Meinung zeigt, die aus Mitteilungen von Mitgliedern des Aktionsausschusses geklärt ist:

Einerseits aufgebracht durch die schon seit langem sich hinziehenden Verhandlungen, weiter durch die leidige Frage des sogenannten A-Karten-Systems und durch die Nichtanerkennung des so reichenden Hafenwirtschaftsrates, sind die Hafenarbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg in den Streit getreten.

Zu 1. wird eine künstliche Verschleppung der Verhandlungen in der Vorklage angenommen (bei dem größten Teile wird von dringender wirtschaftlicher Notlage gesprochen). Zu 2. Die sogenannten A-Karten werden nur an Mitglieder des Zentralverbandes ausgegeben. Diese werden auch bei der Arbeitsvermittlung zuerst berücksichtigt. Die Inhaber der A-Karten (etwa 2000) werden meist die ganze Woche ununterbrochen, oft noch Sonn- und Feiertags und in Überstunden beschäftigt, während die übrigen (auch etwa 2000), meist nur an einigen Tagen der Woche Beschäftigung finden. Gefordert wird, daß die Arbeit auf alle gleichmäßig verteilt wird. Zu 3. Der Hafenwirtschaftsrat besteht nicht zu Recht und sei keineswegs anzuerkennen, weil nur Mitglieder des Zentralverbandes an seiner Wahl teilgenommen hätten.

Die Hafenarbeiter im Hafen haben sich bereits mit den Streikenden solidarisch erklärt und auch die Arbeitsfreistellung beschlossen. Die Arbeiter sind gewillt, ihre Forderungen restlos und mit aller Schärfe zu vertreten.

Der Gegenstand innerhalb der Arbeiterschaft wird im Augenblick dadurch gesteigert, daß die Gewerkschaften Hamburgs ihre Mitglieder aufgefordert haben, sich nicht an dem Streit zu beteiligen. Obwohl wir den Fort der Gewerkschaften über die Solidarität wohl begreifen, sind wir doch stark im Zweifel, ob diese Taktik angebracht ist. Eine Arbeiterorganisation darf unseres Erachtens nie mit beistimmen, wenn die Not die Arbeiter in eine Bewegung treibt. Die Gewerkschaften sollten ihre Überlegenheit dadurch betonen, daß sie auch in so schwieriger Situation den Versuch machen, die Arbeiterschaft zu führen. Das geht aber nicht, wenn man von vornherein die eigenen Mitglieder auffordert, den kämpfenden die Solidarität zu versagen.

Wünschenswert ist die Bewegung auch sehr stark unter dem Einfluß der Arbeitslosen, die sich durch das allerdings sehr merkwürdig anmutende System der Arbeitsvermittlung benachteiligt fühlen.

Der Arbeitskampf in Italien

Die Entscheidung der Mailänder Gewerkschaftskonferenz, die sich mit dem Kampf in der italienischen Metallindustrie beschäftigt hat, bedeutet keineswegs ein Einstellen des Kampfes oder einen Rückzug der Arbeiter, obwohl die Konferenz den Appell an die letzte Gewalt abgelehnt hat. Das Unternehmertum hatte den schärfsten Widerstand gegen den Kampf der Arbeiter zu zwischen organisiert und sehr Druck auf die Staatsgewalt wurde mit jedem Tag sichtbar stärker, sodaß die heftigsten Zusammenstöße zu erwarten gewesen wären. In dieser Situation entschieden sich die in Mailand tagenden italienischen Gewerkschaftsleitungen dafür, den spontan an den verschiedensten Plätzen ausgebrochenen Kampf einheitlich zusammenzufassen und die organisierten Kräfte des Proletariats zunächst auf einen Punkt zu konzentrieren. Auf solche Art sollte eine ins Unerlöse gehende Ausdehnung einzelner unübersichtlicher Streikbewegungen verhütet und die Bewegung planmäßig zusammengefaßt werden. Nichts anderes bedeutet die Entscheidung der Mailänder Sitzung.

Die Unternehmer richteten auch jetzt noch die heftigsten Angriffe gegen die Regierung wegen des ausgebliebenen Schutzes der Fabriken. Sie rufen ihre Anhänger zum äußersten Widerstand auf. Das Ziel der Bewegung, deren Führung jetzt in der Hand der Gewerkschaften liegt, ist die Einführung von Betriebsräten und die Sozialisierung der Schwerindustrie. Die sozialistischen Deputierten fordern die sofortige Einberufung des Parlaments, damit sofort die Sozialisierungsmaßnahmen beschlossen werden können. Die katholische Volkspartei hat sich den Forderungen der sozialistischen Arbeiterchaft angeschlossen. Unter der Aktion der Metallarbeiter und der parlamentarischen Aktion der Fraktion steht selbstverständlich nach wie vor die gesamte organisierte Arbeiterschaft Italiens in ungebrochener Kraft und unter einheitlicher, fester Führung, nicht verzerzt in zahlreichen planlosen Einzelstreiks.

Die italienischen Gewerkschaften haben mit diesem Eingreifen nur das getan, was in solcher Situation die Pflicht der mit der Führung der Arbeiterschaft betrauten Korporationen ist: Sie haben die Leitung der Bewegung fest in die Hand genommen, um sie auf den Punkt zu führen, wo nach Lage der Verhältnisse gegenwärtig ein Erfolg für die Arbeiterschaft zu erzielen ist. Bei weiteren planlosem Verlauf der Bewegung und ohne das Eingreifen der Mailänder Leitung wäre die Gefahr einer schweren Niederlage der italienischen Arbeiterschaft sehr nahe gerückt. Dieses haben die Gewerkschaftsleitungen verstanden. Es ist daher völlig unnötig und beruht auf absoluter Unkenntnis der Lage der Dinge und der Verhältnisse der Arbeiterbewegung in Italien, wenn die „rote Fahne“ angeführt der Mailänder Entscheidung von Verrat spricht. Die Italiener aber mußten ihre Maßnahmen nach den Kraftverhältnissen im eigenen Lande treffen, nicht nach den Wünschen der Kommunisten, obwohl sie der dritten Internationale angeschlossen sind.

Der Herrenstandpunkt

Paris, 14. September.

Nach einer Radiomeldung aus Rom haben 3000 Mailändische Industrielle eine Tagesordnung angenommen, in der sie die Industriellen auffordern, die Bedingungen des Arbeiterverbandes abzulehnen und den Kampf bis auf's Äußerste zu führen.

Regierungskrise in Prag

Prag, 14. September.

Die Blätter melden: In der Sitzung des Exekutivkomitees der sozialdemokratischen Partei erklärte der Vorsitzende, daß die Situation ein weiteres Verweilen der Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung nicht gestatte. Auch die Minister der übrigen koalitierten Parteien werden wahrscheinlich ihre Entlassung einreichen. Ein Beamtenkabinett wird bis zur Bildung einer neuen Parteienregierung die Geschäfte führen.

Wie das sozialdemokratische Blatt „Pravda Lidu“ weißt, ist der konservative Flügel der tschechischen Agrarpartei bereit, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu bilden. Als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten ist der gewesene Landwirtschaftsminister Prázel genannt. In eine solche Regierung würden auch die tschechischen Nationaldemokraten eintreten, die dann Vertreter ihres rechten nationalistischen Flügels in die Regierung entsenden würden.

Ein Aufrechter

Frei Kunert zum 70. Geburtstag

Mitten in den Kämpfen um unsere letzte Ziele, mitten in den Meinungsstreit der revolutionären Arbeiterschaft fällt heute der 70. Geburtstag eines Mannes, für den in seinem ganzen langen politischen Leben nie ein Streit darüber bestand, daß man kämpfen und auf welchem Flügel man kämpfen müsse. Für Frei Kunert war der politische Kampf unter Einwirkung seiner Erfahrung und eventuell auch seiner Persönlichkeit immer eine Selbstverständlichkeit, ja war ihm ein Bedürfnis.

In jungen Jahren Lehrer, kam er — aus einer Lehrersfamilie kommend — schon unter dem Sozialistengesetz dennoch zur Sozialdemokratie. Der junge, fähige Mann, dessen pädagogisches Talent und dessen strebsamer Fleiß die Anerkennung seiner Vorgesetzten fand, der seine Kenntnisse in langen Reisen in Südamerika, Mexiko, Nordafrika, Palästina und Arabien erprobt hatte, war ganz für die Karriere im Lehrfach geschaffen. Aber das Studium des Sozialismus rief ihn in die Reihen der Kämpfer; er besann sich offen zur Sozialdemokratie und mühte die Konsequenzen daraus ziehen.

Es folgte dann ein schwerer, bitterer Ringen um die Erklärung und des Älteren unter den Berliner Arbeitern besinnen sich sehr noch des kleinen Zigarrenladens, in dem zwischen 1887 und 1890 der ehemalige Lehrer Kunert mühsam das tägliche Brot zu erwerben suchte, bis das Vertrauen der Genossen ihm eine auch nicht gerade glänzende bezahlte Stellung als Korrektor am damaligen „Berliner Volksblatt“ verschaffte.

Vorübergehend war Frei Kunert zu jener Zeit auch Lehrer in der Berliner Freireligiösen Gemeinde. Seine parlamentarischen Spuren verdiente er 1888-89 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Wie Reichstagsabgeordnete seien die Reden des nun beinahe schon vierzigjährigen zwischen die aufstrebende Meute des damaligen liberalen Altparlaments, der die Geschäfte der Stadt beherrschte und eifersüchtig darauf bedacht war, jeden neuen Geist, jeden frischen Hauch von draußen aus dem „Roten Hause“ fernzuhalten, obgleich er sich selbst „fortschrittlich“ nannte. Man lese noch heute seine damaligen Reden und man wird finden, daß sie auch jetzt noch aufreizend wirken müssen, noch jetzt — nach der Revolution — jene Reden, die unter dem Sozialistengesetz und ohne den Schutz parlamentarischer Immunität gehalten worden sind.

Dann zog der Ruf der Genossen Frei Kunert zu jener Zeit auch Lehrer in der Berliner Freireligiösen Gemeinde. Seine parlamentarischen Spuren verdiente er 1888-89 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Wie Reichstagsabgeordnete seien die Reden des nun beinahe schon vierzigjährigen zwischen die aufstrebende Meute des damaligen liberalen Altparlaments, der die Geschäfte der Stadt beherrschte und eifersüchtig darauf bedacht war, jeden neuen Geist, jeden frischen Hauch von draußen aus dem „Roten Hause“ fernzuhalten, obgleich er sich selbst „fortschrittlich“ nannte. Man lese noch heute seine damaligen Reden und man wird finden, daß sie auch jetzt noch aufreizend wirken müssen, noch jetzt — nach der Revolution — jene Reden, die unter dem Sozialistengesetz und ohne den Schutz parlamentarischer Immunität gehalten worden sind.

Der Arbeiter hat auch das nicht bereut. Seit 1890 war er mit kurzen Unterbrechungen Reichstagsabgeordneter, seit 1903 mit immer wachsender Stimmenzahl Vertreter des Wahlkreises Halle. In der Fraktion stand er stets auf dem linken Flügel. Das Schmerzliche in seinem Leben war ihm im August 1914 die Zustimmung der Fraktion zum Kriege. Während der Abstimmung über die Kriegskredite verließ er den Saal.

Wo er nun konnte, hat Frei Kunert auch den Tod nicht gescheut. In den Januarämpfen 1918, bei denen die Berliner Arbeiterschaft der blauen Polizei zum ersten Male schlecht und schwach bewaffnet Widerstand leistete, hielt der im Kampfe wieder jung gewordenen inmitten der Arbeiterhaare Hand. Fast hätte ihm das Schicksal Dittmanns gefällt, der damals verhaftet wurde, aber gar schlimmer. Aber die Arbeiter schlossen einen festen Kreis um ihn, der unerkannt blieb. Zugelassen er von Fabrik zu Fabrik, von Versammlung zu Versammlung, machte Hunderte Wege zu Fuß, lag auf der Eisenbahn und rüttelte namentlich die Arbeiterschaft seines Wahlkreises Halle immer wieder auf.

Daß der Halleische Kreis eine Hochburg der Unabhängigen Sozialdemokratie wurde, ist nicht zuletzt Frei Kunerts Verdienst.

Man kann nicht von Frei Kunert sprechen und Marie Kunert unerwähnt lassen. Wenn der straffe Jüngling von 70 Jahren heute in ungedrogener Volkstrost seinen Jubeltag begehen kann, so hat seine Lebensgeschichte davon ein Verdienst, daß nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Sie hat ihm in selbstloser Weise alle Sorgen ferngehalten gesucht; sie hat ihm bei seinen Materialsammlungen hilfreiche Hand geleistet; sie ist ihm Hausfrau und Genossin zugleich gewesen. So, als die Nachregelung am „Vorwärts“ nach beinahe 26-jähriger Tätigkeit auch einen aufsehend unabwendbaren demütigen Schaden zu bringen drohte, nahm Marie Kunert ohne Wimperzucken ein ungewohntes aufstrebendes Erwerbsfähigkeit auf, die über die Klippe hinausführen sollte und hinausführt.

Wie die Trennung der Arbeiterbewegung aus Anlaß der Kriegskredite unserem Frei Kunert schmerzlich nahe ging, so ist ihm auch die Gefahr nicht gleichgültig, welche der Partei, an der er mit Leib und Seele hängt, aus den Moskauer Forderungen entstehen kann. Wenn er sich dafür ausgesprochen hat, daß die Unabhängigen Sozialdemokratie diese Bedingungen nicht eingehen vermag, sondern eine andere Grundlage für den Zusammenschluß mit Moskau gefunden werden müsse, so kann man an einer solchen Meinungsäußerung nicht achtlos vorübergehen, wie schließlich das letzte Urteil auch ausgehen möge.

Wir aber wissen, daß Frei Kunert auch in Zukunft das reine Banner des Sozialismus vorantreiben wird, in Hoffnung und in Aktion, in Zeiten des Fortschritts und des Stillstandes. Möge er uns noch recht lange Bannerträger sein.

Lougnet über die Moskauer Bedingungen

„Populärer“, das französische linkssozialistische Parteiorgan, bringt eine Anzahl Auszüge aus den Kommentaren der deutschen unabhängigen Presse über die Moskauer Bedingungen. Im Anschluß daran äußert sich auch Genosse Lougnet in einem gesonderten Artikel über die Bedingungen. Er sagt unter anderem: „Man darf sich nicht die Größe und die tragische Schwere der Schwierigkeiten verhehlen, in der sich unsere Partei wegen der Bedingungen zum Eintritt in die dritte Internationale befindet, ebenso wie die sozialistischen Organisationen von Deutschland, England, der Schweiz, Österreich und Spanien.“

Ueber den genauen Charakter dieser Bedingungen besteht noch eine gewisse Unklarheit, da die von Cahin und Fraissard mitgebrachten, die vom Präsidium unterzeichnet und rechtsigiert sind, nicht die Autorität der 21 unendlich schweren — lagen mir es rind heraus — unausweichbaren haben, die end-

gültig von dem Kongress selbst nach der Absicht unserer beiden Delegierten beschlossen wurden. Beim besten Willen und bei dem glühendsten Wunsch, der russischen Revolution zu helfen und sich mit ihren Kämpfern in einer Weltorganisation zusammenzuschließen, muß doch gesagt werden, daß die 21 Punkte die Annahme einer sozialistischen Organisation und Aktion verlangen, die ganz und gar den Erfahrungen widerspricht, die die großen westeuropäischen sozialistischen Parteien während der letzten 30 Jahre gemacht haben. Sie zielen darauf ab, uns wieder zu der alten sektenhaften Partei von Verschwörern zu machen, uns zu einer Art Blanquismus zurückzuführen, der nach viel fanatischer als der Blanquismus der alten wäre, und den der moderne Sozialismus seit langem überwinden hat.

Das erklärt die tiefe Erregung, die die Bedingungen selbst bei denen hervorgerufen haben, die es aufs lebhafteste wünschen, der dritten Internationale beizutreten.

Lougnet geht auf die Stellungnahme der deutschen unabhängigen Presse ein und fährt dann fort:

„Jeder, der ohne Leidenschaft und Parteilichkeit die Kommentare der unabhängigen Presse liest, und der Diskussion über das Schicksal der Independent Labour Party in England folgt und nach der Schweiz sieht, wo der Berner Parteivorstand die Moskauer Bedingungen zurückgewiesen hat, wird in seiner sozialistischen und internationalen Überzeugung von tiefer Sorge erfüllt sein.“

Noch einmal Georgien und Sowjetrußland

Namens der in Berlin lebenden georgischen Parteigenossen schreibt uns Genosse Lyagali:

Zu neuen Klängen des Genossen Stoedter an die Nichtaktivität der Trotskyisten und Sinowjewschen Behauptungen mögen wir nicht erschüttern — und zwar zu seiner eignen späteren besseren Belehrung. Jeder, der die Leninsche Schule auch nur annähernd kennt, weiß, daß sie im Revolutionskampf auch die gefährlichsten Verleumdungen für gut genug hält. So erklärte Lenin 1906, wegen einer Verleumdungssache vor ein Parteigericht; nicht, daß gegen den Feind aus dem eigenen Lager auch giftige Waffen zulässig seien.

Was nun die Sinowjewschen Verleumdungen der georgischen sozialistischen Bewegung betrifft, so sei bemerkt, daß die georgische kommunistische Presse nicht antwortet; nach wie vor erscheinen in Tiflis zwei kommunistische Tageszeitungen.

Verhaftungen werden tatsächlich in Georgien vorgenommen. Der Staat muß die Allgemeinheit vor Schädlingen in Schutz nehmen. Aber wegen kommunistischer Propaganda und Agitation wird in Georgia kein Mensch verfolgt. In Haft genommen werden Denkschriften Agenten, übertriebene Witzspiele, die terroristische Anschläge vorbereiten und andere gemeingefährliche Elemente, die der erbitterten Mehrheit des Volkes, die vor allem der gesamten Arbeiterklasse den Willen einzeln fanatisierter, entmenschter und dekadenter Intellektuellen mit Waffengewalt aufzwingen wollen. Außerdem des Friedensvertrages mit Sowjetrußland wurden seinerzeit tatsächlich 900 Häftlinge amnestiert — eine für eine Bevölkerung von 3 1/2 Millionen Seelen wirklich hohe Zahl. Die Ursache lag aber ausschließlich in den damaligen transkaukasischen Zuständen: Nach dem Zusammenbruch der Denkschriften Front wurde Georgien von sehntausenden russischer Kriegshäftlinge überschwemmt. Wer arbeiten wollte, fand Arbeit und Brot. Aber nicht alle wollten und konnten arbeiten. Aus den Reihen dieser referierten sich auch die meisten sozialistischen Elemente, darunter mehrere Häupter des Schlagselbes. Deren „Kommunismus“ dürfte höchstens von Demitri in Schutz genommen werden.

In Kreisen bekommt man aus russischen Regierungskreisen auch andere Nachrichten über Georgien zu hören, als die, die wir von Genossen Stoedter erfahren. So äußerte sich jüngst Genosse Kroyff, der russische Gesandte in Tiflis, die in Georgien betriebene kommunistische Agitation bringe nur Schaden, indem das heutige Georgien — so wie es heute — Sowjetrußland Hilfe leisten kann (und leistet), ein sozialisiertes Georgien dagegen für sich ein Unglück und für Rußland ohne Nutzen wäre. Und anlässlich des am 7. Mai anstehenden Vertrages zwischen Georgien und Rußland schrieb die Moskauer „Trawda“ (Zentralorgan der kommunistischen Partei Rußlands) vom 9. Mai (Nr. 99): „Mit Georgien ist ein geschlossener und für beide Teile vorteilhafter Frieden geschlossen worden, ohne unnütze Fierlichkeit, ohne überflüssige Zeremonien, die der bourgeoisen Diplomatie eigen sind. Einmal kamen sie (die georg. Delegierten), jeder ein Kofferchen in der Hand, sprachen sie dem Gen. Tischtscherin, und in 2-4 Zusammenkünften einigten sie sich mit Handschlag. Mit Genehmigung stellen wir fest, daß der zeitweilige Erfolg der Polen die Vertreter Georgiens durchaus nicht verwirrt hatte. Sie bewiesen damit ihre Aufrichtigkeit.“

Aufrichtig sein gegen Sowjetrußland, und im eigenen Lande Kommunisten umbringen — wie reimt sich das zusammen? Genosse Stoedter informierte sich über Georgien scheinbar ebenso genau wie der Holländer Wapson sich über die deutschen Parteiverhältnisse informiert hatte, als er die Delegierten der USP in Moskau als Regierungsozialisten ausbrüllte und sie an dem Schlingensaal hinausjagte.

Die Moskauer Redakteur und Informatoren haben diesmal — wie immer — schlechte Arbeit geleistet.

Die Stellung der Organisationen

Die politischen Kommissionen

In der Vollversammlung der Agitations- und politischen Kommissionen referierten am Sonnabend, den 11. d. Mts., in der Bochbrauerei die Genossen Riez gegen den Anschluß und der Genosse Eichhorn für den Anschluß an die dritte Internationale. Der Genosse Riez sei es sehr schwer, sich den Versammelten verständlich zu machen, während der Genosse Eichhorn mit der größten Ruhe angehört wurde. Beide referierten je zwei Stunden. Nach längerer Diskussion wurde folgende Entschließung gegen zehn Stimmen angenommen:

„Die am 11. September 1920 in der Bochbrauerei versammelten Mitglieder der Agitations- und politischen Kommissionen Groß-Berlins halten im Interesse der Weltrevolution den Anschluß an die dritte Internationale unter den vorliegenden Annahmehedingungen für erforderlich.“

Die Versammlung wurde darauf mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre Arbeiterschaft durch den Vorsitzenden, Genossen Bachmann, geschlossen.

9. Distrikt

In der am Mittwoch, den 8. September er., stattgefundenen überfüllten Distrikts-Mitgliederversammlung des 9. Distrikts, referierte Genosse Däumig über: Wir und die 3. Internationale, als Korreferent Genosse Riez.

Nach Diskussion wurde gegen ca. 25 Stimmen eine Entschließung, die den Anschluß an die 3. Internationale unter Annahme der Bedingungen verlangt, angenommen.

Der württembergische Industriebezirk für die Bedingungen

Die Bezirksvorstände der U.S.P. in den Industriebezirken Nürnberg, Aachen, Meiningen und Urmag nahmen am Sonntag in obigen Stellung zu den Moskauer Anschlußbedingungen. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Die Kreisversammlung der U.S.P. d. des 9. württembergischen Kreises erklärt sich für den unverzüglichen direkten Anschluß der Partei an die 3. Internationale. Sie erkennt die auf dem 2. Moskauer Weltkongress der 3. Internationale aufgestellten politischen Leitlinien als ihre Anschauungen über den notwendigen Fortgang der sozialen Revolution, aller sozialistischen Länder an.“

Die formellen Annahmehedingungen sind deshalb keine Gemeinsamung, sondern eine Festlegung unserer Bestrebungen zum Nutzen unserer Partei zur Förderung Kampforientation des deutschen Proletariats. Die danach für deutsche Verhältnisse notwendigen und möglichen Organisationsmaßnahmen sind schärfsten zu beschließen, ist die vornehmste Aufgabe des Parteitag, von dem die Kreisaußschüsse den Beitritt zur kommunistischen Internationale erwartet.“

Bezirksparteitag für Oldenburg-Ostfriesland

Die auf dem Bezirksparteitag des Bezirkes Oldenburg-Ostfriesland, über den wir in der gestrigen Morgenausgabe bereits berichteten, angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut: „Der Bezirksparteitag Oldenburg-Ostfriesland lehnt auf dem Standpunkt, daß nur durch den ersten Zusammenschluß des gesamten, auf den revolutionären Boden stehenden Proletariats, das Ziel des Sozialismus verwirklicht werden kann.“

Der Bezirksparteitag lehnt ab, daß die Annahmehedingungen der 3. Internationale dieses Beharren in keiner Weise fördern, sondern im Gegenteil nur zu einer weiteren Zersplitterung des Proletariats und zur Schwächung seiner Kraft führen würden.

Der Bezirksparteitag lehnt deshalb die Bedingungen ab. Er fordert jedoch gleichzeitig von der Zentrale und dem Parteitag, kein Mittel unversucht zu lassen, um die Vereinigung aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Parteien zu vollziehen.

Der Bezirksparteitag erklärt, daß er nach wie vor bestrebt ist, die russischen Arbeiter in ihrem heldenhaften Kampfe zu unterstützen und mit allen Kräften daran arbeiten wird, um mitzuhelfen, den Sieg der Weltrevolution über den Weltimperialismus zu erringen.

Generalversammlung der USP. Hannover-Stadt

Die Generalversammlung der USP. Hannover-Stadt nahm folgende Resolution zur Frage der Internationale an:

„Durch Beschluß des heutigen Parteitages wurde offiziell mit der sozialistischen 2. Internationale abgebrochen und im Prinzip auf Grund unseres sozialrevolutionären Programms der Anschluß an die 3. Internationale ausgesetzt. Die Annahmehedingungen und Leitlinie, die der 2. Kongress der 3. Internationale aufgestellt hat, sind demgegenüber, das revolutionäre Proletariat international zusammenzuführen und aktionsfähig zu machen. Alle formellen parteipolitischen Bedenken sollten im Interesse der Geschlossenheit der Partei und des Kampfes, revolutionären Proletariats fortlassen, um durch den einmütigen Eintritt in die 3. Internationale die Macht des Weltproletariats zu stärken.“

Die Generalversammlung des Kreisvereins Hannover-Stadt tritt mit Entschiedenheit für die Annahme der Bedingungen und Leitlinie an und erwartet von dem am 24. Oktober tagenden Parteitag, den Anschluß an die 3. Internationale unter diesen 21 Bedingungen zu vollziehen.“

Mansfeld

Genosse Maljahn schreibt uns: Am letzten Sonntag tagte in Göttingen eine Vorstandskonferenz unserer Partei für den Mansfelder See- und Gebirgsbezirk, vertreten durch 53 Ortsgruppen, die sich mit der Frage der Internationale beschäftigte. Von Berlin waren die Genossen Rauch und Maljahn erschienen, von Halle die Genossen Delsner und Peters; Rauch und Delsner wandten sich gegen die Bedingungen, während Maljahn und Delsner sie verteidigten. Mit allen gegen zwei Stimmen nahm die Konferenz eine Resolution für die Erfüllung der Bedingungen an. Eine Mitgliederversammlung in Göttingen stellte sich gegen 8 Stimmen, nach Referat der Genossen Rauch und Maljahn, auf denselben Standpunkt. In berichtet ist noch, daß die politische Redaktion der Mansfelder Volkszeitung bisher gegen die Moskauer Bedingungen Stellung nahm.

Kreisgeneralversammlung Bielefeld-Wiedenbrück

In der am 12. September in Bielefeld stattgefundenen Kreisgeneralversammlung des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück wurde folgende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen:

„Die Kreisgeneralversammlung des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück lehnt voll und ganz auf dem Boden der am 2. Kongress der 3. Internationale gefassten Beschlüsse und Leitlinie. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Anschluß an die 3. Internationale sofort zu erfolgen hat. Der Anschluß darf nicht an der Person einiger Führer scheitern. Wer sich nicht zu den Leitlinien der 3. Internationale bekennt, soll seine Konsequenzen ziehen, andernfalls Ausschluß erfolgen muß.“

Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die antibolschewistische Propaganda des Genossen Dittmann, weil diese Propaganda konterrevolutionär ist und eine Schädigung für den internationalen Sozialismus zur Folge hat.

Die Veruburger Genossen für die Bedingungen

Am Sonnabend nahmen die Veruburger Genossen in ihrer Mitgliederversammlung Stellung zur Internationale. Sie beschlossen einstimmig, den Parteitag zu beauftragen, den Anschluß an die 3. Internationale auf Grund der 21 Punkte zu vollziehen.

Die „Reinigung“ in der Praxis

Die SPD. beginnt damit, die Anordnungen von Moskau über den Massen Zentralismus und die Reinigung in die Tat umzusetzen. Eine von der Berliner Organisation der SPD. gefasste Resolution kommt gerade zurecht, um uns zu zeigen, wie die Durchführung dieser Maßnahmen in der Praxis aussieht. Die Resolution lautet:

„In Verfolg des Beschlusses des Berliner Parteitages über die Parteileitlinie und der Beschlüsse des 2. Kongresses der Dritten Internationale über die Notwendigkeit krasser Zentralisierung der gesamten Arbeit aller Kommunisten, beschließt der Bezirk Groß-Berlin:

„Alle SPD.-Mitglieder des Bezirkes Groß-Berlin sind für ihre politische Arbeit nicht nur in der Partei, sondern auch alle anderen Organisationen der Partei verantwortlich und haben auf Verlangen jederzeit den Aktionsausschuß Rechenschaft abzulegen.“

Entspricht die Tätigkeit eines Kommunisten in irgend einer Arbeiterorganisation nicht den Anschauungen der Partei, so hat der Genosse auf Verlangen des A.A. seinen Vollen in dieser Organisation aufzugeben. Es steht ihm Einspruchsrecht an die Zentrale zu. Nichtbefolgen der Weisungen des A.A. hat den Ausschluß aus der Partei zur Folge.“

Danach haben alle Mitglieder der SPD. die Weisungen für ihre Arbeit in den Vertriebsstellen, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften usw. nicht von ihrer Kenntnis der Lage in diesen Organisationen und der besonderen Bedingungen ihres Wirkens zu empfangen, sondern vom Bescheid des Aktionsausschusses. Somit werden z. B. auch die sogenannten kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften geführt von einer Körperschaft, die außerhalb der Gewerkschaften steht und deren Bestehen ausschließlich darauf gerichtet ist, alle Organisationen des Proletariats zu fügen und diese „starke Zentralisierung“ nach dieser Resolution wie nach den Moskauer Beschlüssen nicht aufzuheben werden. Das dabei aus der praktischen Arbeit der Organisationen wird, kann sich jedermann vorstellen. Organisationen und Personen werden ihres Selbstbestimmungsrechts beraubt, vom selbständigen Denken entbunden und in Schachfiguren in der Hand eines Genosse Aktionsausschusses gemacht. Und wer sich nicht fügt, steigt. So sieht die Methode der Reinigung aus, die auch uns zugemutet wird.

Reinigung des letzten russischen Friedensvertrages. Rußland hat nunmehr den Friedensvertrag mit Holland ratifiziert. Die letzte Nationalversammlung ratifizierte ihn bereits am 2. September.

